

Von: KUF Schulleitung schulleitung@kuf.ch
Betreff: Rundmail VSLAG 6/23-24
Datum: 23. November 2023 um 11:53
An:
Kopie: yvonne.bopp@energiestadt.ch



Liebe Kolleginnen und Kollegen

In dieser Mail findet ihr zwei Informationen.

1. Bericht Budgetsitzung des Grossen Rats vom 21. November 2023

Dem beiliegenden Bericht in der AZ von gestern könnt ihr entnehmen, dass der alv und VSLAG mit ihrem Anliegen leider im Grossen Rat nicht durchgekommen sind (Siehe Rundmail vom 19. November).

Immerhin unterlag der Minderheitsantrag der Kommission BKS, dass im Schulpsychologischen Dienst Stellen abgebaut werden.

Umso wichtiger ist es für uns nun, dass das Monitoring zur "Neuen Ressourcierung Volksschule" zeitnah und umfassend in Angriff genommen wird. Wir halten euch auf dem Laufenden.

SKUF Schulv23112311490.pdf



2. Angebot der Organisation „energiestadt.ch“

Sehr geehrter Herr Petermann

Wir würden uns sehr freuen, wenn sie das Webinar zur Auszeichnung Energieschule bei den Schulleitungen - wie von Herrn Grolimund vorgeschlagen - per Rundmail mit folgendem Text bewerben könnten:

Geschätzte Schulleiterinnen und Schulleiter

Wenn sich Schulen vertieft und kontinuierlich für erneuerbare Energien, eine sorgfältige Ressourcennutzung und umweltfreundliche Mobilität einsetzen, können sie sich in einem einfachen Prozess als «Energieschule» auszeichnen lassen. Der Leistungsausweis des Trägervereins Energiestadt bildet für die Lehrpersonen ein Hilfsmittel, die Energie- und Klimathemen zu bündeln und langfristig sowie ganzheitlich im Unterricht und im gesamten Schulbetrieb zu verankern.

In einem Webinar zeigen wir Ihnen auf, wie eine Schule die Auszeichnung erreichen kann.

Es findet wie folgt statt:

Mittwoch, 13. Dezember 2023, 12.30-13.30 Uhr

Im beiliegenden Flyer finden Sie Details zum Inhalt des Webinars und die Möglichkeit zur Anmeldung.

Wir freuen uns auf den Austausch

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und freundliche Grüsse,
Yvonne Bopp

Arbeitstage: Montag, Dienstagvormittag und Donnerstag



Geschäftsstelle TV ES
Yvonne Bopp
Projektleiterin
Munzachstrasse 4
4410 Liestal

T +41 61 965 99 00
F +41 61 965 99 01
www.energiestadt.ch
yvonne.bopp@energiestadt.ch



Webinar zur Auszeichnung Energieschule

Sind sie eine Schule die sich gerne aktiv fürs Klima und die Umwelt engagieren möchte,

jedoch nicht so genau weiss wie vorgehen? Die Auszeichnung Energieschule bietet für Lehrpersonen ein Hilfsmittel, die Energie- und Klimathemen zu bündeln und langfristig sowie ganzheitlich im Unterricht und im gesamten Schulbetrieb zu verankern. Die Kinder und Jugendlichen sensibilisiert der Prozess für Energiefragen und ermächtigt sie im Alltag für den Klimaschutz aktiv zu werden.

Im Webinar zeigen wir Ihnen anhand konkreter Praxisbeispiele auf, wie sie die [Auszeichnung Energieschule](#) erhalten.

Datum: Am Mittwoch, 13.12.2023 von 12.30h – 13.30h

Anmeldung: Bis am Montag, 11.12.2023
Auf der [Agenda](#) der Energiestadtwebsite

Kosten: gratis

Ort: Online über Zoom: [Link](#)
Meeting-ID: 845 8244 4951 / Kenncode: 810502

Organisation: Yvonne Bopp und Gaby Roost, Co-Projektleiterinnen Auszeichnung Energieschule: yvonne.bopp@energiestadt.ch / gaby.roost@novaenergie.ch

Zielsetzung:

Schulen kennen die Auszeichnung Energieschule und erhalten direkten Einblick in den Prozess zur Energieschule anhand konkreter Praxisbeispiele.

Zielpublikum:

Aargau

Drohen im Aargau schon bald wieder Sparpakete?

Ursprünglich rechnete die Regierung für 2024 mit einem Minus von 132 Millionen Franken. Weil die Nationalbank keinen Gewinn ausschüttet, wächst der Fehlbetrag auf 230 Millionen. Dieser kann mit Reservegeldern ausgeglichen werden – doch die finanziellen Aussichten sind düster.

Fabian Hägler

2022 war finanziell ein gutes Jahr für den Aargau: Die Jahresrechnung schloss mit einem Überschuss von 116 Millionen Franken. Auf Antrag des Regierungsrats beschloss der Grosse Rat, den gesamten Überschuss in die Ausgleichsreserve einzulegen. In diesem «Reservekasseli» für schlechte Zeiten liegen aktuell 838 Millionen Franken.

Doch künftig wird das Sparschwein des Kantons nicht mehr gemästet, im Gegenteil: Für 2024 sieht das Budget ein Minus von gut 230 Millionen Franken vor, das mit Geld aus der Reserve getilgt werden soll. Der Fehlbetrag ist so hoch, weil die Nationalbank keinen Gewinn an die Kantone ausschüttet – damit verschlechtert sich das Budget um rund 100 Millionen Franken.

Kommission einstimmig für Budgetausgleich

Richtet man den Blick nach vorne, auf die sogenannten Planjahre 2025 bis 2027, sind die finanziellen Aussichten düster. Die Defizite steigen in dieser Zeit gemäss aktuellem Planungsstand – trotz einer budgetierten Nationalbank-Ausschüttung – von 160 auf 187 Millionen Franken. Dennoch stimmt die Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (Kapf) sowohl dem Budget 2024 als auch der künftigen Finanzplanung einstimmig zu.

Es sei der Wille der Kommission, «wiederrum ein ausgeglichenes Budget zu verabschieden und die Höhe der Entnahme aus der Ausgleichsreserve in diesem Sinn festzulegen», hielt Kapf-Präsident Stefan Huwyler (FDP) fest.

SP hat eine neue Grossrätin

Nach dem Rücktritt von Simona Brizzi (SP), die in den Nationalrat gewählt wurde, ist Selena Rhinispberger (Baden) gestern im Grossen Rat in Pflicht genommen worden. Auch bei der SVP kommt es zu einem Wechsel: Neu-Nationalrat Christoph Riner (Zeihen) sass am Dienstag zum letzten Mal im Kantonsparlament. Er wird in der Volkspartei-Fraktion nach dem Wechsel nach Bern durch Alex Reimann (Wülflinswil) ersetzt. (th)



In der allgemeinen Aussprache des Grossen Rats zum Budget zeigte sich, dass die hohen Fehlbeträge besonders der rechtsbürgerlichen Seite sauer aufstossen.

SVP und FDP: Plünderung und Sparwarnung

Markus Lüthy (SVP) sagte: «Sobald die Schweizerische Nationalbank einmal nicht den Goldesel spielt, kommt der Kanton Aargau in Schieflage.» Die SVP fordere schon lange, dass die Abhängigkeit von der Nationalbank-Ausschüttung reduziert werde. Mit den geplanten Defiziten in den folgenden Jahren dürfte die heutige Ausgleichsreserve bald geplündert sein, warnte Lüthy. Aus seiner Sicht verteile der Kanton Aargau zu viele Geschenke, sagte der SVP-Grossrat und verwies auf die vorgesehenen Lohnerhöhungen.

Bernhard Scholl (FDP) wies auch darauf hin, dass die Ausgleichsreserve sehr schnell schmelze. «Wenn das so weitergeht, müssen wir bald wieder sparen», sagte er und erinnerte an die Spardebatten im letzten Jahrzehnt. Scholl sagte, der Kanton rechne mit einem klar höheren Steuerertrag, doch der Personalbestand wachse um satte 100 Stellen. «Uns fehlt die Einsicht, dass der Staat gewisse Aufgaben überdenken könnte.» Scholl kritisierte, der Aufwand des Kantons wachse stärker als die Wirtschaft im Aargau.

GLP und Mitte mahnen zur Gelassenheit

Mathias Betsche (GLP) hielt fest, mit der Ausgleichsreserve könne der Kanton auch einige Jahre mit Defiziten überbrücken. Leider sei dies schon 2024 nötig, zudem liessen sich die Ausgaben des Kantons in späteren Jahren nur mit Ausschüttungen der Nationalbank decken. Deshalb sei eine vorsichtige Finanzpolitik gefragt: «Es wäre vermessend, angesichts der Reserven leichtfertig Geld auszugeben.» Es gebe aber keinen Grund, in blinden Aktionismus zu verfallen, warnte er vor überstürzten Sparübungen oder der Forderung nach einer Schuldenbremse.

Roland Kuster (Mitte) sagte, es sei erfreulich, dass der Kanton seine Schulden getilgt und die Ausgleichsreserve gut gefüllt habe. Ebenso erfreulich sei, dass sich das für 2023 budgetierte Defizit laut Regierung halbieren dürfte. Dennoch wäre die Ausgleichsreserve im Jahr 2027 fast aufgebraucht, hielt Kuster fest. Da sei es gut, dass sich das Departement seines Parteikollegen



Der aus Eritrea geflüchtete Hailu Shishal (links) verteilt Flyer mit 50-Räpplern – hier an die SVP-Grossrätin Nicole Heggl-Boder. Bild: Sandra Arltzzone

Markus Dieth bereits heute mit Massnahmen zur langfristigen Sicherung der Kantonsfinanzen befasse.

EVP, SP und Grüne kritisieren Steuersenkung

Uriel Seibert (EVP) präsentierte bei seinem Votum eine Sonnenbrille und sagte, man dürfe sich von der Situation nicht blenden lassen. «Momentan sieht es gut aus, doch für die kommenden Jahre sind die Aussichten düster.» Die EVP habe Bedenken, was die finanzielle Zukunft des Aargaus betreffe, sagte Seibert und kritisierte: «Man hat Steuersenkungen durchgedrückt, weil man den Kantonshaushalt in einem zu positiven Licht sah.» Die EVP werde sich gegen Tendenzen wehren, auf dem Buckel der Schwachen zu sparen.

Isabelle Schmid (Grüne) kritisierte, noch vor kurzem habe es geheissen, die Kantonsfinanzen seien gesund, dank Nationalbank-Millionen könnten Defi-

zite ausgeglichen werden, weitere Steuersenkungen seien möglich. Doch die Situation habe sich markant geändert, heute fehle Geld für Aufgaben im Gesundheitswesen, in der Bildung und im Flüchtlingsbereich. Grünen-Fraktionschef Robert Obrist ergänzte an die Adresse der SVP, es sei despektierlich, Lohnerhöhungen für das Personal als Geschenke zu bezeichnen.

Hanspeter Hubmann (SP) sagte, die Massnahmen, um die vermeintlich stabile Finanzlage zu sichern, würden sich bei Bildung, Sozialausgaben, Gesundheit und Klimaschutz negativ auswirken. Diese seien jene Bereiche, die schon bei den Sparprogrammen gelitten hätten. Die SP bezweifelt, dass die Ausgleichsreserve reicht, um die Kantonsfinanzen im Gleichgewicht zu halten. Mit Geld aus dieser Kasse würden Einnahmefälle nach der letzten Steuergesetzrevision kompensiert, kritisierte Hubmann.

4,6 Millionen für neues Asylzentrum in Oftringen sehr klar genehmigt

Nur gerade 24 SVP-Grossräte lehnten den Kredit für die Flüchtlingsunterkunft ab.

Fabian Hägler

Vor gut viereinhalb Jahren, im April 2019, brannte die Asylunterkunft am Langemweg in Oftringen nieder. Später zeigte sich: Auslöser für das Feuer war Brandstiftung, der Täter – ein kurdischer Asylbewerber – wurde vom Bezirks- und Obergericht verurteilt. Seit dem Brand fehlten Asylplätze, doch dies wird sich bald ändern: Bereits am 1. Juli 2024 soll am Ackerweg in Oftringen ein neues Asylzentrum mit 150 Plätzen in Betrieb gehen.

Im September hatte die Gemeindeversammlung das Projekt klar gutgeheissen, nun hat auch das Kantonspar-

lament zugestimmt. Am Dienstag genehmigte der Grosse Rat einen Kredit von 4,6 Millionen Franken sehr deutlich. 108 zu 24 lautete das Resultat, die Gegenstimmen kamen aus der SVP-Fraktion, die anderen Parteien stimmten der Vorlage geschlossen zu.

Grund für die klare Zustimmung sind die Vorteile, welche die Lösung für alle Beteiligten bringt. Oftringen wird neuer Standort für eine kantonale Asylunterkunft mit 150 Plätzen, dafür wird die unterirdische Zivilschutzanlage nicht genutzt, und die Gemeinde muss sich nicht um die Betreuung der Asylsuchenden kümmern. Untergebracht werden die 150 Geflüchteten in einem

Modulbau der Firma Hoffmann-La Roche. Diesen stellt das Unternehmen kostenlos zur Verfügung.

Kommissionspräsident sieht Win-win-win-Situation

Severin Lüscher (Grüne), Sprecher der vorbereitenden Kommission, sprach von einem Schulbeispiel und sagte, dem Kantonalen Sozialdienst sei es gelungen, «ein ebenso drängendes wie politisch heikles Problem in eine Win-win-win-Situation zu verwandeln und einer guten Lösung zuzuführen». Die Sozialkommission empfahl dem Grossen Rat den 4,6-Millionen-Kredit denn auch einstimmig zur Annahme. Auch



Diese Modulbaute von Hoffmann-La Roche, die derzeit noch in Kaiseraugst steht, dient in Oftringen künftig als Asylunterkunft. Bild: Kanton Aargau/zvg



50-Räppler und Flyer für alle Grossratsmitglieder

Geflüchtete werben mit spezieller Aktion für eine Erhöhung der Tagespauschale – Entscheidung offen.

Als die Grossratsmitglieder nach der Morgensitzung den Saal verliessen, erhielten sie von Vertreterinnen und Vertretern des Flüchtlingsparlaments einen Flyer mit einem aufgeklebten 50-Räppler. Das Geld war nicht als Zustupf für das Mittagessen gedacht, sondern sollte die Politiker für ein Geschäft sensibilisieren, das am späteren Nachmittag anstand: Der Teuerungsausgleich auf Asylsozialhilfe und Nothilfe.

1 Franken, 50 Rappen – oder keine Erhöhung?

Heute erhalten Asylsuchende (mit Ausweis N), vorläufig Aufgenommene (Kategorie F) und Ukraine-Flüchtlinge (Schutzstatus S) pro Tag ein Verpflegungs- und Taschengeld von 9 Franken. «Es ist kaum möglich, damit auszukommen. Mit der starken Teuerung ist viel Kaufkraft verloren gegangen. Das gilt auch für die Nothilfe», sagt Haile Shishai. Der junge Mann, der aus Eritrea geflüchtet ist, ist Mitglied des Flüchtlingsparlaments, er wurde bei der Aktion von Dua

Almizori und Sara Atanasova begleitet.

Im Parlament gab es zwei Anträge für eine Erhöhung: Eine Minderheit der zuständigen Sozialkommission verlangte eine Anhebung um 1 Franken pro Person und Tag. Damit würde sich der finanzielle Aufwand für den Kanton im nächsten Jahr um 2,25 Millionen Franken erhöhen. Eine Minderheit der Finanzkommission setzte sich für eine Erhöhung um 50 Rappen ein. Dies würde den Kantonshaushalt 2024 um 1,124 Millionen Franken belasten.

Eigentlich hätte die Aktion des Flüchtlingsparlaments schon am Morgen vor dem Start der Sitzung stattfinden sollen. Weil ein Mitglied des Teams den Zug verpasst hatte, wurde sie in die Mittagspause verschoben. Auch die Behandlung des Geschäftes im Grossen Rat verzögert sich: Für die Debatte fehlte die Zeit, sie wird am nächsten Dienstag geführt. Klar ist aber jetzt schon: Der Regierungsrat lehnt eine Erhöhung ab. (fh)

Kürzen oder erhöhen? Fast immer Nein

Budget Der Grosse Rat verwirft alle Ausbauwünsche, aber auch fast sämtliche Sparanträge – um diese Punkte wurde im Kantonsparlament gestritten:

Neue Stelle beim Rechtsdienst des Regierungsrats: Landammann Jean-Pierre Gallati sagte, es gebe immer mehr Beschwerdefälle. Christian Keller (SVP) fand, der Aufbau sei ungenügend begründet – der Rat folgte Gallati.

0,5 Stellen streichen bei der Standortförderung: Das wollte eine Minderheit der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen. Arsène Perroud (SP) fand, es brauche mehr Standortförderung, nicht weniger. Der Grosse Rat sprach sich gegen die Kürzung aus.

Bei der Staatsanwaltschaft sollen aufgrund der Revision der Strafprozessordnung sechs Stellen aufgebaut werden. Aus der Kommission für Sicherheit kam der Antrag, nur drei zu bewilligen, mit Berichterstattung nach einem Jahr. Dem stimmte eine Mehrheit zu.

Für Härtefälle bei der Neuressourcierung der Volksschule gab es Anträge für 450 000 und 297 000 Franken mehr. Die Regierung lehnte dies ab – eine Mehrheit folgte ihr. Nein sagte der Rat auch zu 500 000 Franken mehr für das Projekt Magis gegen Lehrermangel.

6,4 Stellen im Schulpsychologischen Dienst nicht aufbauen, 100 000 Franken für eine Sonderschul-Studie, höchstens 1,8 Prozent für die Teuerung bei den Restkosten für Sonderschulung: Alle diese Anträge scheiterten.

Alle diese Anträge scheiterten.

Auch vier Anträge für Berufsbildung und Mittelschulen scheiterten, so hätte etwa die Pflichtkationenpauschale um 80 Rappen erhöht werden sollen.

Zwei Anträge von links forderten mehr Mittel für die Kulturförderung. Sie scheiterten hauptsächlich an den Stimmen der SVP und FDP.

Weniger stark ausbauen und 700 000 Franken sparen bei der **Steuerverwaltung**, das wollte die SVP. Doch der Rat sagte Nein und unterstützte stattdessen den Antrag der Regierung. (kob)

im Plenum wurde die Vorlage von fast allen Seiten gelobt. Hampi Budmiger (GLP) wies auf die niedrigen Kosten hin und sprach von einem Glücksfall, dass der Kanton die Wohnkontainer gratis erhalte. Unterstützung signalisierte auch Andre Rotzetter (Mitte), der wie Lüscher von einer Win-win-win-Situation sprach. Mit Blick auf den kostenlosen Modulbau sagte er: «Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.»

SVP-Fraktion gespalten, FDP einstimmig dafür

Therese Dietiker (EVP) sagte, die Grösse der Unterkunft werde die Betreuung vereinfachen, und der Modulbau sei in besserem Zustand als manche bestehende Asylunterkunft. Markus Dietrich (Grüne) sprach von einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis und rechnete vor, die Kosten für die Unterbringung pro Bewohner und Monat beliefen sich auf rund 380 Franken. Jürg Knuchel (SP) sprach von einem überzeugenden Projekt, das viele Synergien nutze und

realisiert werden müsse. Knuchel kritisierte mit Seitenblick nach rechts «ausdrücklich die Problembewirtschaftung aus gewissen Kreisen der SVP». Die Fraktion der Volkspartei mit ihren 45 Mitgliedern sei gespalten, hatte Sprecher Daniel Aebi zuvor gesagt. Eine Hälfte werde dem Kredit aus pragmatischen Überlegungen zustimmen, weil die Geflüchteten hier seien und untergebracht werden müssten.

Der andere Teil der SVP-Fraktion werde die 4,6 Millionen Franken ablehnen, sagte Aebi und begründete dies mit der allgemeinen Haltung der Partei in der Asylpolitik. Der starke Flüchtlingszustrom müsse gestoppt werden, es brauche wieder Grenzkontrollen, forderte der SVP-Sprecher.

Karin Faes (FDP) erklärte, dem Kanton laufe die Zeit davon, es brauche Plätze für die Asylsuchenden. Unterirdische Unterkünfte seien nicht für eine längere Nutzungsdauer geeignet. «Es braucht den Mut der politischen Verantwortungsträger und das Vertrauen der Bevölkerung», sagte Faes – sie hoffte, dass dieses Pilotprojekt nicht das einzige bleiben werde.

Plätze für geflüchtete Minderjährige und Familien fehlen

Sozialdirektor Jean-Pierre Gallati (SVP) hielt fest, die neue Unterkunft sei aufgrund der steigenden Asylzahlen nötig. «Ich bedanke mich beim Gemeinderat, der Gemeindeversammlung Oftringen und bei Hoffmann-La Roche, die uns die Modulbauten schenken.» Es sei eine nötige, gute und günstige Lösung, hielt Gallati fest, der sich ein wenig später über ein klares Ja freuen durfte.

Mit der neuen Unterkunft in Oftringen wird das Platzproblem im Asylwesen allerdings nur gemildert, nicht gelöst. Gallati hielt fest, im Moment fehlten vor allem Plätze für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) und geflüchtete Familien. Der Sozialdirektor kündigte an, man werde die unterirdische Anlage in Birnenstorf, wo bisher Einzelmänner einquartiert sind, in eine Unterkunft für Familien umwandeln müssen.

Mobile Ärzte: Zürcher Firma springt in die Bresche

Oseara AG baut Angebot in den nächsten Wochen aus – Grossräte fordern Antworten vom Regierungsrat.

Der Konkurs der Mobile Ärzte AG sorgte vor einer Woche für einen medizinischen Notfall im Aargau. Das Unternehmen hatte seit 2018 mehrere Dienstleistungen für den Kanton übernommen. Die Mobilien Ärztinnen und Ärzte prüften, ob Personen zwecks fürsorglicher Unterbringung in eine psychiatrische Klinik eingeliefert werden. Oder ob die Polizeikräfte Personen einvernehmen oder verhaften können.

Erst formierte der Kanton eine Taskforce. Gestern vernetzte das Departement Gesundheit und Soziales (DGS) einen Erfolg: Die Oseara AG führe die Abklärungen ab sofort nachts und am Wochenende durch. Das Unternehmen mit Sitz in Kloten decke seit Sonntag jeweils von 19 Uhr bis 7 Uhr den Bedarf an den ehemaligen amtsärztlichen Dienstleistungen ab. Das Unternehmen erbringt bereits solche Dienstleistungen seit 2017 im Kanton Zürich. Seine Ärztinnen und Ärzte verfügen über die nötigen Berufsausübungsbewilligungen im Kanton Aargau.

Schrittweise Übernahme der Tätigkeiten

Die Oseara AG wird ihr Angebot in den kommenden Wochen ausbauen und die Leistungen, welche die Mobile Ärzte AG erbrachte, künftig vollständig übernehmen. Bis dann sollen freiwillige, in einem Pool organisierte Ärztinnen und Ärzte weiterhin einspringen. Bei allfälligen Engpässen helfen gemäss Mitteilung die Kantonsklinik Aarau und Baden sowie das Spital Zofingen an.

Todesbescheinigungen werden, so das DGS, in erster Linie von den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten ausgestellt. Die Oseara AG kann dies auch übernehmen, wenn weder Hausärztin und Hausarzt noch der ambulante ärztliche Notfalldienst verfügbar sind. Das Aufgebot erfolgt in diesen Fällen

über die ärztliche Notrufnummer 0900 401 501 (Fr. 3.23 pro Minute) oder über die Sanitätsnotrufzentrale 144.

Fragen zum Umgang mit den Mobilien Ärzten

Gestern haben Alfons Kaufmann (Mitte) und Therese Dietiker (EVP) eine Interpellation im Parlament eingereicht, die 16 weitere Ratsmitglieder unterschrieben haben. Sie wollen von der Regierung wissen, wann die Leistungsvereinbarung mit der Mobile Ärzte AG erneuert werden wäre und ob dafür eine «fundierte Standortbestimmung» vorgenommen wurde. Ob die Controllinggespräche, die es laut Regierung regelmässig gab, protokolliert wurden; ob es eine Qualitätskontrolle gab angesichts der Schwierigkeiten bei der Leistungserfüllung. Und seit wann der Regierungsrat die finanzielle Lage der Mobile Ärzte AG gewusst habe.

Der Konkurs brachte auch Pflegeheime und Spitexorganisationen in eine schwierige Lage. Die Mobilien Ärzte, welche 2018 die Amtsärzte abgelöst hatten, stellten abends, nachts und am Wochenende – wenn Hausärzte nicht verfügbar sind – für diese Todesbescheinigungen aus und nahmen ärztliche Beurteilungen vor. «Wem entstehen durch diese nun eingetretene Notfallsituation welche Kosten?», fragten Kaufmann und Dietiker.

Bei der fürsorglichen Unterbringung hatte der Regierungsrat dem Grossen Rat intensivere Controllings zugesagt. Aufgrund der Personalsituation der Mobile Ärzte AG habe sich die Lage jedoch kaum verbessert, schreiben Kaufmann und Dietiker. Sie wollen deshalb vom Regierungsrat wissen, ob das DGS alternative Lösungen entwickelt. Zudem stellen sie eine Rückkehr zum System der Amtsärzte in den Raum und fragen, ob der Regierungsrat bereit ist, dies zu prüfen. (pz/phh)

ANZEIGE

APOTHEKEN RATGEBER

Ihre Aargauer Apotheken

Im Kanton Aargau sind Medikamente zu den Apotheken vorbestellen – zum grossen Vorteil der Bevölkerung: Im Gegensatz zu anderen Kantonen gibt es hier ein dichtes Netz von insgesamt 126 Apotheken. Sie bieten flächendeckend eine niederschwellige erste Anlaufstelle zur medizinischen Grundversorgung an.

Selbst in ländlichen Regionen ist der Weg zur nächstgelegenen Apotheke kurz. Auf Wunsch bringen die Mitarbeitenden die Medikamente mit dem Hauslieferdienst direkt zu den Patientinnen und Patienten. Die Bevölkerung profitiert von langen Öffnungszeiten, kurzen Wartezeiten für eine unkomplizierte und kompetente Beratung sowie einem kantonsweiten Notfalldienst.

Zunehmend erkannt auch die Politik die Bedeutung der Apotheken und übergibt ihnen immer mehr Verantwortung. So können sie das Gesundheitssystem zunehmend entlasten und unterstützen. Unter bestimmten Bedingungen dürfen Apotheken rezeptpflichtige Medikamente ohne Arztrezept abgeben. Zu den Kompetenzen der Apotheken gehören aber bei Weitem nicht nur die Beratung über Medikamente und die Dosierung. Das breite Dienstleistungsangebot umfasst beispielsweise auch die Herstellung leihender Medikamente, Impfungen sowie die Versorgung akuter oder chronischer Wunden.

Bei fast allen Gesundheitsfragen wissen wir Ihnen zu helfen. Kommen Sie vorbei, wir freuen uns auf Ihren Besuch und sind gerne für Sie da.

www.apotheken-aargau.ch